

Zur Lage in Chile

## Wahlsieg der Volks

Chile gehört zu den kapitalistischen Ländern in der Dritten Welt, in denen die Warenproduktion bereits so weit fortgeschritten ist, daß seine Bedeutung für die imperialistischen Staaten, neben der rüden Ausplünderung seiner Rohstoffe, vor allem in seiner Rolle als Absatzmarkt und Arbeitskräftereservoir liegt. Um diese Bedingungen zu erfüllen, ist eine weitere Entwicklung der Industrieproduktion und eine höhere Qualifikation der Arbeitskräfte, namentlich im Konsumsektor, notwendig. Es ist aber noch nicht entschieden, auch nicht nach dem Wahlsieg Allendes, ob diese Entwicklung tatsächlich stattfindet und unter welchen Bedingungen. Hatte es bis jetzt den Anschein, als werde diese Industrialisierung, wie z. B. in Brasilien, nach den Interessen und unter Kontrolle der imperialistischen Staaten erfolgen, so deutet sich zumindest jetzt in Chile eine andere Möglichkeit an.

Bis jetzt hat Chile mehr oder weniger das Schicksal aller vom Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Nationen geteilt, d. h. : Eroberung und Ausplünderung des Landes; Unterwerfung der Bevölkerung unter die Kolonialmächte; Zerstörung der althergebrachten Herrschaftsstrukturen; Paralyse der bäuerlichen Kleinproduktion durch ausländische Importe; Arbeitslosigkeit, große Teile der Arbeiter und Bauern leben ständig unter dem Existenzminimum; Produktion auf Großgrundbesitzen nach kapitalistischen Prinzipien; Herausbildung eines relativ bevorzugten Industrieproletariats im Rohstoffsektor; offene oder latente Diktatur der herrschenden Klassen, einer Allianz aus Großgrundbesitzern, Handelsbourgeoisie und den imperialistischen Staaten; um sich von Ausbeutung und Unterdrückung, Hunger und Armut zu befreien, besteht für die beherrschten Klassen nur die Möglichkeit einer sozialistischen Revolution.

Jetzt, nach dem Wahlsieg der Volksfront, scheint es, als sei eine selbständige, bürgerlich-demokratische Entwicklung - und eine andere Perspektive kann es zunächst beim derzeitigen Stand der Entwicklung in Chile für die Volksfront gar nicht geben - auf parlamentarischem Weg möglich. Der Wahlsieg der Volksfront unter Allende bietet die Voraussetzung, die nationale Revolution durchzusetzen, d. h. Befreiung von den imperialistischen Staaten, Zerschlagung des Großgrundbesitzes und Aufklärung der Massen. Daß diese Möglichkeit auf parlamentarischem Weg erreicht wurde, spielt zunächst einmal eine untergeordnete Rolle. Keineswegs aber ist hier, beispiel-

Nachrichten für die Studenten der Universität Heidelberg

Herausgegeben vom AstA, Auflage 8 000

Druck: Caro-Klein Offset Druck-GbR, 69 Heidelberg 1

Anzeigen: Hans Eisele, c/o AstA, Grabengasse 14, Tel: 54343

Bankverbindung: Heidelberger Volksbank 4 000

Redaktion: Bernhard Meuth/Jürgen Theobaldy (verantwortlich)

# front in Chile



wirtschaft und die Nationalisierung im Kupferbergbau durchzuführen, wurde dies in aller Schärfe deutlich.

Zur Charakterisierung dieser Politik seien zunächst kurz die sozialen Verhältnisse auf dem Land dargestellt. Die auf dem Land arbeitende Bevölkerung stellt etwa 30% aller Arbeiter dar und trägt zum Bruttosozialprodukt etwa 10% bei, während die Zuwachsrate bei 2,7% jährlich eher stagnierend ist, was jedoch auf die Besitzverhältnisse zurückzuführen ist. Von der auf dem Land arbeitenden Bevölkerung sind 40% Landproletarier, weitere 52% Grundbesitzer. 4% dieser Grundbesitzer besitzen ca. 75% des Landes, z.T. Agrarbourgeoise, die auf Plantagen das klassenbewußte Landproletariat beschäftigen, z.T. Großgrundbesitzer, die von der Grundrente ihrer verpachteten Ländereien leben. 25% sind unabhängige Parzellenbauern, die ein kleines Stück Land bewirtschaften, das ihnen kaum das Überleben sichert.

Statt im Gefolge der Frei'schen Agrarreformen jene Großgrundbesitzungen zu enteignen, die die Voraussetzungen (Bewässerung, Straßen, Maschinen) für eine effektive Nutzung besitzen, ist Land enteignet worden, das zu 90% nahezu wertlos ist. Von den 10 Millionen ha, das im Besitz der Großgrundbesitzer war, wurden nur 2,3 Millionen ha enteignet, von denen wiederum nur 200 000 ha überhaupt nutzbar waren. Die Situation, die vor der Agrarreform bestand, hatte sich nur minimal verändert. Die Ver-

nant für alle folgenden revolutionären Bewegungen, wie vöneren glaubt man mögen, die sozialistische Revolution auf dem "friedlichen" bzw. parlamentarischen Weg durchgeführt worden. Allerdings bestehen bei den jetzigen Verhältnissen die Möglichkeiten, die Vorbedingungen zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Chile zu schaffen. "Wir haben," versicherte Allende, "nicht gesagt, daß wir die Diktatur des Proletariats durchführen werden. Wir haben gesagt, daß wir eine Volksregierung sein werden, demokratisch, national und revolutionär, nach dem von uns verkündeten Programm." (Spiegel, Nr. 38)

### "Revolution in Freiheit" oder "Blut ohne Revolution"

Seit jeher hat Chile in Lateinamerika eine Sonderrolle gespielt. Im Gegensatz zu den anderen Staaten Lateinamerikas ist hier aufgrund einer festen Allianz zwischen Großgrund- und Bergbaubesitzern und einer flexiblen Haltung der Bourgeoisie gegenüber den unterdrückten Klassen das politische System lange Zeit sehr stabil geblieben. Die Festigkeit der chilenischen Gesellschaft - seit über 50 Jahren besteht eine parlamentarische Demokratie - konnte wohl die aufkommenden Klassenkämpfe durch den Parlamentarismus zeitweilig auffangen und abschwächen, jedoch nicht prinzipiell beseitigen. So konnten z.B. 1937 aufkommende Streikbewegungen des Industrie- und Landproletariats durch Einigung eines Volksfronts Volksfront aus Kommunisten und Radikaldemokraten mit den Großgrund- und Bergbaubesitzern auf einen Reformier, der sich später als vorbildlicher Interessenvertreter des amerikanischen Kapitals herausstellte, aufgefangen werden.

1964 hatten sich vor allem aufgrund der negativen Entwicklung der Kupferproduktion, einer verschärften Ausbeutung der Arbeiter und verschlechterten Bedingungen auf dem Land die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, Landproletariat und Großgrundbesitzern derartig verschärft, daß der offene Ausbruch nur noch durch die reformistische, sich aber revolutionär gebärdende Politik der Christdemokraten (PDC) unter Frei verhindert werden konnte. Dieses Reformprogramm, das unter dem Namen "Revolution in Freiheit" oder "Chilensismus" bekannt wurde, stellte die chilenische Variante der amerikanischen Befriedungsstrategie, der "Allianz für den Fortschritt", für die beherrschten Kolonien dar. Dieses Programm wurde unter Kennedy nach der "Kuba-Affäre" entwickelt und hatte als Hauptziel, durch soziale Reformen die Massen zu integrieren, die rüde Ausbeutungspolitik zu verschleiern, um einem zweiten Kuba vorzubeugen. Die Hauptpunkte dieses Befriedungsplans waren in Chile Agrarreformen, schrittweise Nationalisierung der ausländischen Monopole, Beseitigung der Inflation, Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitssystems. Diesem Programm der PDC, die wie Frei versicherte, weder den Sozialismus noch den Kapitalismus will, lagen im Vorhinein die Widersprüche einer kleinbürgerlich-reformistischen Politik zugrunde. Als Kleinbürgerpartei verfügen sie über keine feste Klassenbasis, schwanken zwischen den Interessen der Monopole und denen des Industrie- und Landproletariats hin und her, sind aber prinzipiell immer geneigt, ihre Politik nach den Interessen des Großkapitals auszurichten. An den Versuchen Freis, die Reform in der Land-

FREITAG, 13.11.1970, 20 Uhr findet ein

In einem Referat wird über die Urteile der politischen Justiz gegen die ve

scharfung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung in den kaum nutzbaren Ländereien führt 1967 zum ersten Streik auf dem Land in der Geschichte Chiles. Versuche der Landarbeiter, Großgrundbesitze gemeinschaftlich in Besitz zu nehmen, schlug die Regierung Frei gewaltsam nieder.

Bekanntlich gehört Chile zu den größten Kupferländern der Erde. Man schätzt, daß dort 30 bis 40% des Weltvorkommens liegen. Z. Zt. ist Chile mit 16% an der gesamten Weltproduktion dieses, für die Auto-, Elektro- und Rüstungsindustrie unentbehrlichen Metalls beteiligt. Der Kupferexport, ca. 75% des chilenischen Gesamtexports, bildet das Rückgrat der Wirtschaft, zugleich aber bedeutet dies, zumal sich die Kupferproduktion vollkommen im Besitz des US-Kapitals befindet, eine extreme Abhängigkeit der gesamten Wirtschaft von den Schwankungen des Kupferpreises auf dem Weltmarkt. Erste Versuche, sich von dieser Abhängigkeit zu befreien, wurden während der Regierungszeit des Allende-Vorgängers Frei unternommen.

1964 verpflichtete sich der chilenische Staat, 51% der Aktien einer der drei großen Kupferminen, der Braden Kennecott & Co., zu einem Preis von 82 Millionen Dollar zu kaufen. Es wurde festgelegt, daß der Steuersatz in den nächsten 20 Jahren gleichbleibt und die Braden Kennecott & Co. bis 1970 100 Millionen Dollar investiert. Der Trick war aber folgender: Der Steuerwert für die betreffende Kupfermine betrug nur 52 Millionen Dollar. Die 100 Millionen Dollar Neuinvestition muß der chilenische Staat ab 1970 mit 5% Zinsen zurückzahlen, und die steuerlichen Erleichterungen verschaffen der Braden Kennecott & Co. einen jährlichen Extraprofit von 50 Millionen Dollar. Insgesamt kostete den chilenischen Staat die Nationalisierung dieser Mine, die nur 52 Millionen Dollar wert ist, also fast 500 Millionen Dollar.

Wen kann es dann wundern, daß nach der "Nationalisierung" 1964 die Kupferpapiere an der New Yorker Börse stiegen und bis jetzt die Gewinne der ausländischen Gesellschaften größer sind als je zuvor?

Die sich vermehrenden Streiks des Industrie- und Landproletariats, Demonstrationen, Landbesetzungen schlug die "Reformregierung" Frei mit Waffengewalt nieder. Aus der "Revolution in Freiheit" wurde, wie die unterdrückten Massen in Chile es nennen, "Blut ohne Revolution". Das Scheitern dieser pro-imperialistischen Politik, das schon in dem kleinbürgerlichen Charakter der PDC und ihrem Programm sich abzeichnete, schaffte allerdings die Voraussetzungen für das Erstarken der Volksfront und ihren Wahlsieg.

#### Zum Charakter der Volksfront und zu ihrem Programm

Seit 1956 beteiligen sich die beiden großen linken Parteien, die Kommunistische Partei Chiles (KP) und die Sozialistische Partei (PS), zusammen mit anderen kleinen Splitterparteien in einer Volksfront, der "Frente de Accion Popular" (FRAP), an den Wahlen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1970 vereinigte sich die FRAP mit der kleinbürgerlichen Radikalen Partei (RP) zur "Unidad Popular" (UP).

Für ihre Politik legte die FRAP eine "Volksfrontstrategie" fest, die durch ein Bündnis aller demokratischen und anti-imperialistischen Kräfte von der Arbeiterklasse bis zur

teach-in zum SDS-Verbot statt

botene KPD und bisher vorliegende Dokumente zum SDS-Verbot berichtet.

nationalen Bourgeoisie zunächst eine nationale kapitalistische Entwicklung fördern und schließlich den friedlichen Übergang zum Sozialismus ermöglichen soll, sofern nicht die herrschende Klasse, die Großgrundbesitzer und das ausländische Kapital, zur offenen Gewalt übergehe. Ein führender Kommunist bestimmt diese Strategie: "Wir müssen also das Heranreifen der nationalen Bourgeoisien abwarten, was nicht von einem Tag auf den anderen geschehen kann. Dieser Reifeprozess bringt zwei Konflikte mit sich: den ersten mit dem Imperialismus, der nicht mehr wie früher als Ausbeuter auftreten kann; den zweiten mit dem Proletariat, das weiterhin von den bürgerlichen Unternehmern ausgebeutet werden wird. Gegen ein starkes Bürgertum ein starkes Proletariat. Wir müssen auf beide Konflikte setzen. Die nationalen Unternehmer sind, noch sehr schwach, aber das soll uns nicht zur Isolierung und zum Alleingang veranlassen, wozu viele wenig erfahrene Kommunisten neigen. Wir müssen nach allen Seiten hin Bündnisse schließen, ohne zu fürchten, der Mittelstand könne die Führung übernehmen." (Kusrbuch 11, S. 34)

Obwohl die chilenische Industriebourgeoisie bisher sehr schwach war und nur geringe Wachstumsraten aufweisen konnte, ist die Furcht, daß dieser "Mittelstand" in der jetzt gewählten Volksfront die Führung übernehmen könnte nicht ganz unberechtigt. Zwar läßt sich die Bedeutung der Industriebourgeoisie innerhalb der Volksfront auf Grund der wenigen Informationen nur schlecht einschätzen, es ist jedoch festzuhalten, daß einmal die Industriebourgeoisie trotz des Konkurrenzverhältnisses zum ausländischen Kapital immer sich deren Unterstützung gegen Sozialisten und Kommunisten sicher sein darf, zum anderen die Reaktion aus Großgrundbesitz und Kleinbourgeoisie in Chile derzeit unvermindert stark ist und die starke Beteiligung der radikaldemokratischen kleinbürgerlichen Partei in der Volksfront so wie das bisherige mehr oder weniger blinde opportunistische Verhalten der KP der Industriebourgeoisie die Übernahme der Führungsrolle in der FRAP leicht machen würde. Die Gegensätze zwischen KP und Sozialistischer Partei sind vor allem durch ihre unterschiedliche Klassenbasis bestimmt. Während die KP sich fast ausschließlich auf das durch höhere Löhne und Sozialleistungen relativ besser gestellte Industrie-proletariat stützt, setzt sich die PS im wesentlichen aus dem Landproletariat, Intellektuellen und Kleinbürgern zusammen. Diese Gegensätze kommen zum Ausdruck in der Bündnispolitik. Bündnisse mit bürgerlichen Parteien, die von der KP auf Grund ihrer beschränkten Klassenbasis und ihrer bestimmten Entwicklungsstrategie eingegangen wurden, werden von der PS abgelehnt.

Das Regierungsprogramm der Volksfront hat einen demokratischen Charakter und unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der Christdemokraten 1964. Die zentralen Punkte sind: erweiterte Befugnisse der zentralen Planungsbehörde, Verstaatlichung der gesamten Grundstoffindustrie sowie der in- und ausländischen Monopole, inklusive Banken, Förderung der kleinen und mittleren Industrie, Beschleunigung der Agrarreform, Bekämpfung der Inflation, Ausbau des Bildungs- und Gesundheitssystems, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Im wesentlichen sind dies bekannte Forderungen des Freischen Reformprogramms. Allende erklärt: "Meine Politik ist eine logische Fortsetzung der Politik meines Freundes Eduardo Frei. Er hat die ersten wichtigen Schritte in Richtung auf ein neues Chile gemacht, diese Vorbereitung war wichtig - und ich bin ihm dankbar dafür!" ("Die Zeit" Nr. 44)

Was die Enteignung des Großgrundbesitzes betrifft, so wird sie, wenn sie radikal durchgeführt wird, sicher auf erbitterten Widerstand stoßen. Allerdings hat die Einsetzung

Intervention durch die USA bzw. Argentinien und Brasilien vorzubeugen und vor allem, um weitere Kredite von den imperialistischen Staaten zu erhalten, lassen der Volksfront nur einen kleinen Handlungsspielraum.

Die chilenische Armee hat bisher in der Geschichte Chiles noch nie direkt die politische Macht übernommen, damit ist sie aber keineswegs "neutral", sondern immer Garant der Herrschaft gewesen. Die Armee soll nach den meisten Berichten in sich sehr gespalten sein. Man vermutet, daß große Teile des Offiziercorps Anhänger Allendes sind. Es steht jedenfalls in der derzeitigen Situation fest, daß ein Eingreifen der Armee oder eine Intervention von außen unweigerlich zu einem Bürgerkrieg führen müßte, da die Volksfront einen hohen Grad der Massenmobilisierung und Organisation aufweisen kann. Allein die von der KP und der Sozialistischen Partei geführten Gewerkschaften haben 400 000 Mitglieder, die z. T. bewaffnet sind. Es bedarf keiner Frage, daß durch eine Etablierung der Volksfront die Interessen der USA und anderer kapitalistischer Länder (die BRD ist Chiles wichtigster Handelspartner) in vieler Hinsicht berührt werden. Einmal durch Nationalisierung der Kupferminen (die US-Investitionen belaufen sich in Chile auf 4 Milliarden DM, die der BRD auf 300 Millionen), und zum anderen durch die Verstaatlichung der gesamten Handelsorganisationen. Allerdings werden diese Gesellschaften durch ihre Versicherung in gewisser Weise entschädigt. Jedoch ist bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen in Chile, der Form des Machtumschwungs und der besonderen Situation Lateinamerikas ein direktes Eingreifen der USA unwahrscheinlich. Nach Beschluß Nr. 560 des US-Repräsentantenhauses (20. 9. 65) ist jedes Mitglied der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) berechtigt, zu intervenieren, wenn in einem Land die als "internationaler Kommunismus bekannte Subversion" bekämpft werden soll. Im übrigen werden die USA ein direktes Eingreifen in Chile auch gar nicht nötig haben, denn schon haben sich ihre Handlanger, die faschistischen Militärdiktaturen in Argentinien und Brasilien, zu Absprachen getroffen, um für alle Fälle eine mögliche Intervention vorzubereiten.

Die chilenische Wirtschaft ist durch ihre einseitige Ausrichtung auf die Kupferproduktion hochgradig von der Preisentwicklung dieses Rohstoffs abhängig. Große Schwankungen des Kupferpreises oder ein Boykott, etwa analog dem kubanischen Zuckerboykott von 1960, ließen Chile schnell in eine Krise geraten. Beides ist jedoch unwahrscheinlich, da zum einen Kupfer für die Elektro- und Rüstungsindustrie ein unentbehrliches Metall ist, zum anderen nach Schätzungen der Bedarf an Kupfer sich bis 1980 verdoppeln wird. (Die BRD ist Hauptabnehmer des chilenischen Kupfers.) Fast 2/3 der Weltproduktion an Kupfer wird von den sogenannten CIPEC-Ländern (Chile, Peru, Kongo und Sambia) erzeugt, die nach ihrem Zusammenschuß 1968 den Kupferpreis wesentlich mitbestimmen. Preiseinbrüche sind auch wegen des hohen Bedarfs in den sozialistischen Ländern (Rumänien, Ungarn) kaum zu erwarten. Die Chancen der Inflation (jährlicher Durchschnitt 40 bis 50%) Herr zu werden, liegen in einer rigorosen Nationalisierung aller Monopole und Handelsorganisationen, sowie einer harten Preiskontrolle und gezielten Investitionen, vor allem im Bereich der Produktionsgüterindustrie.

Nicht zu unterschätzen sind die Auswirkungen, die das chilenische "Beispiel" auf den südamerikanischen Kontinent haben wird. Es wird strategisch von großer Bedeutung sein für die Befreiungsbewegungen in den übrigen lateinamerikanischen Ländern, zum anderen wird Chile zusammen mit den linksnationalistischen Militärregierungen in Peru und Bolivien in der OAS, die bisher vollkommen von den Interessen des ame-

ständnisse der Volksfront, Parlament und bürgerliche Verfassung zu achten, die Hoffnung auf eine radikale Agrarreform sehr eingeschränkt. Die Enteignung des Großgrundbesitzes - eine bürgerliche Maßnahme, da das Land zunächst vornehmlich an Kleinbauern verteilt wird - ist nichtsdestotrotz eine unerläßliche Bedingung für eine weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Mit halbherzigen Agrarreformen, die denen Freis entsprechen, könnte die Führung der Volksfront das Vertrauen der großen Masse der Landarbeiter verlieren, womit die Allende-Regierung ihren eigenen Sturz vorbereiten würde.

Die Wahl der Volksfront hat Teile der Bourgeoisie zur hektischen Flucht ins Ausland veranlaßt. Mit sich nahmen sie bereits 20% der Devisenreserven, ganz zu schweigen von der Summe, die schon in früheren Jahren privat ins Ausland gebracht wurde. Dies ist aber keineswegs als ein friedlicher Rückzug zu interpretieren. Die großen Einschränkungen, die die Volksfront, einmal an die PDC machte, um die Kongresswahl Allendes mit den Stimmen der PDC zu sichern, zum anderen die Kompromisse, die sie eingingen (Anerkennung der derzeit bestehenden Armee), um einer vorzeigigen

## RESOLUTION DER

Die gegenwärtige hochschulpolitische Situation ist nur dann zu verstehen, wenn man ausgeht von dem Widerspruch zwischen der alten Ordinarienuniversität einerseits und der Entwicklung der Wissenschaften und den Anforderungen, die die gesellschaftliche Reproduktion an die Universitäten stellt, andererseits. Weder war die Ordinarienuniversität in der Lage, genügend viele, hinreichend qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden, noch war sie in der Lage, die Herstellung verwertbarer Forschungsergebnisse zu steigern. Beides war durch die wachsende Bedeutung des technischen Fortschritts innerhalb der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt notwendig geworden. Von daher erklären sich die Bestrebungen vor allem des Großkapitals, Forschung und Ausbildung zu modernisieren und zu effektivieren.

Diese Anstrengungen werden in Heidelberg u. a. durch die Universitätsspitze vorangetrieben, die ihrerseits selber auch Produkt dieser Entwicklung ist, im Gegensatz zu früheren Rektoren, denen die Beibehaltung der alten Ordinarienuniversität ureigenstes Interesse war. Die Stellung der Studenten zu dieser Reform und damit zum Rektorat ergibt sich aus den Widersprüchen dieser Reform selbst:

Auf der einen Seite ist die Abschaffung von Ordinarienprivilegien, die Verbesserung der Ausbildung etc. durchaus in ihrem Interesse. Dies fand auch in den Forderungen der Studentenbewegung ihren Ausdruck, für deren Entstehung gerade die Dysfunktionalität der alten Universität eine der wesentlichen Bedingungen gewesen ist. Insofern stehen die Studenten dem Rektorat näher als das Rektorat dem bildungspolitisch unfähigen und bloß noch reaktionären Kultusministerium.

Andererseits zeigt sich selbst in den progressivsten Plänen zur Hochschulreform und auch in den Stellungnahmen Rendtorffs, daß der historisch progressiven Reform enge Schranken gesetzt sind. Die durch die Umstrukturierung des gesamten Ausbildungssystems freiwerden den Produktivkräfte müssen an die Kapitalinteressen gebunden bleiben (Auftragsforschung, Einschränkung der Lehr- und Forschungsinhalte auf ver-

französischen Imperialismus bestimmt war, ein Machtfaktor darstellen.

Eine fundierte Einschätzung der Ereignisse in Chile ist allerdings bisher auf Grund der unzureichenden Informationen über die Volksfront, ihre Kräfteverhältnisse, die Rolle der Industriebourgeoisie und über die wirklichen Absichten der Volksfront, ihr Programm durchzusetzen, nur schwer möglich.



## UNI-VV vom 29.10.

wertbares Wissen etc.). Deshalb sind der Reformpolitik Rendtorffs die Begrenzungen durch die Verwertungsinteressen der Großindustrie immanent. Die Studentenbewegung hat diese Begrenzung immer wieder aufgezeigt (z. B. Kriegsforschungskampagne). Andererseits wird die Reformpolitik angegriffen von einem reaktionären Kultusministerium, das im Bündnis mit Ordinarien gegen eine weitergehende Umstrukturierung der Universität antritt: Die Kapitalinteressen sind selber nicht einheitlich, und die Gegensätze zeigen sich politisch vermittelt in den Hochschulplänen der Parteien und Kultusministerien. Der Vergleich der Hochschulgründung Kassel mit dem baden-württembergischen Hochschulgesamtplan macht dies deutlich: die Kasseler flexiblen und durchlässigen Studiengänge entsprechen dem Bedarf der Großindustrie nach vielseitig verwendbaren Arbeitskräften; die starren, hierarchisch gegliederten Studiengänge des HGP sind eher zur Ausbildung für Klein- und Mittelbetriebe mit langsamem technischen Fortschritt geeignet.

Die Widersprüche in der Entwicklung der Hochschulreform, bedingt durch Verwertungszusammenhang und schwankendes politisches Kräfteverhältnis, findet gerade in der Frage der Berufungen ihren Ausdruck.

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, deren Charakter sich notwendigerweise von der bloßen Apologie des Kapitalismus zu dessen Therapie wandelte, muß zu diesem Zweck kritische Theorien in die Universität einlassen; Theorien, die die Krisenhaftigkeit dieses Systems aufzeigen können, um sie dann zu behandeln. Darin ist die objektive Möglichkeit für die Entwicklung von marxistischer Theorie in der Universität gegeben. Hahn freilich, der schon einen kritischen Soziologen (Brandt) gerufen mußte, versucht, durch politische Zensur die Besetzung des zweiten Lehrstuhls mit dem kritischen Wissenschaftler Sigrüst zu verhindern. Politische Zensur in der ganzen Universität ist offensichtlich das Ziel der Reaktionäre, wie es sich im gescheiterten Bestreben Arddts ausdrückt, sein Proseminar privatissime abzuhalten.

Die gesellschaftliche Aufgabe der Justiz, die bestehenden Produktionsverhältnisse im krassen Widerspruch zu den zu den Produktivkräften abzusichern, bedingt den spezifischen Unterschied zu den Soziologen und Volkswirten. Ein Reaktionäre wie Schneider ist für den Kapitalismus notwendig, ein Reaktionär wie Albers aber dysfunktional, und gegen seine Ersetzung durch Technokraten wie Weizsäcker wird kaum ein anderer als er selbst protestieren. Dadurch, daß die Juristerei lediglich auf der Herrschaftsebene angesiedelt ist und nicht, wie die Gesellschaftswissenschaften, auf die Entwicklung der Produktivkräfte Einfluß nimmt, sind die Jura-Reaktionäre weit weniger durch die Entwicklung der Wissenschaft selbst gefährdet. Gerade deshalb auch kulminiert an der Juristischen Fakultät die Reaktion. Progressive Wissenschaft bedeutet hier also die Kritik an irrationalen Herrschaftsverhältnissen, an Schuld- und - Strafe - Ideologie und bestehendem Rechtsvollzug.

#### Die Uni-VV fordert:

- Die Berufung von Christian Sigrüst auf den zweiten soziologischen Lehrstuhl,
- einen Lehrauftrag für den demokratischen Juristen Gerhard Stuby .
- Gegen die Zensur von Hahn fordert die Uni-VV ein Vetorecht von Vollversammlungen bei Berufungen,
- gegen die Zensurversuche von Arndt uneingeschränkte Öffentlichkeit aller Lehrveranstaltungen.

Die Frage der Berufungen, Lehraufträge, Tutorien kann nur im Zusammenhang mit der Einschätzung der GO, deren Gremien formell darüber entscheiden, und der mit der GO zusammenhängenden Einschätzung der verschiedenen Fraktionen an der Universität diskutiert werden. Die GO kann nicht primär als Instrument zur Integration der Studentenbewegung verstanden werden, sondern als Kompromiß zwischen Notwendigkeit der Modernisierung der Uni und alter Ordinariermacht. Das Verhältnis zur GO muß bestimmte werden von den Forderungen, die man an sie stellt. Sofern also die unteren Gremien der GO zur Durchsetzung einzelner progressiver Forderungen geeignet sind, ist eine Mitarbeit in Fachbereichen und Fakultäten jeweils institutspezifisch zu diskutieren. Voraussetzung dafür wäre selbstverständlich die Existenz einer funktionierenden Vollversammlungsdemokratie, die die Kontrolle der Vertreter ermöglichen würde.

Bei einer solchen Einschätzung der Möglichkeiten und Bedingungen von Hochschulpolitik müssen die progressiven Inhalte der Reform ausgenutzt werden, andererseits kann an den Grenzen dieser Reform, die durch die Produktionsverhältnisse bedingt sind, über den Kapitalismus selber aufgeklärt werden. Von daher ergeben sich Forderungen nach grundsätzlicher Öffentlichkeit und Transparenz aller Entscheidungen, nach Vetorechten für die studentischen Vollversammlungen und nach Aktenkontrolle zur Durchleuchtung der Forschungsfinanzierung."

#### Anmerkung

Wenn die Hochschulpolitik nicht bloß von den politisch agierenden Subjekten und ihrem Selbstverständnis her diskutiert werden soll, dann müssen zunächst einmal die Kategorien entwickelt werden zur Einschätzung der Verwertung von Wissenschaft in der BRD als kapitalistischer Gesellschaft einerseits, zur Einschätzung der Organisation von Forschung und Lehre an der Hochschule andererseits. Solche Kategorien helfen, sowohl die Notwendigkeiten, Widersprüchlichkeiten und Grenzen der kapitalistischen Hochschulreform näher zu bestimmen, als auch das Verhalten der verschiedenen Gruppen (KM, Rektorat, Professoren, etc.) zu beurteilen. Allerdings bleibt in der

monale, sondern mit ganz netten steuerlichen Vorteilen aus dem Gewinn "seiner" Firma zahlt.

Aber mit einigen Ausnahmen (Engelhorn von der Firma Boehringer und Ross von der IBV, früher Teroson, bekundeten vorher durch Mittelsmänner ihr Interesse an einer akademische Ehrung) sind die Herren gar nicht so sehr am Titel interessiert, als vielmehr an dem, was er signalisiert: Die Vertrautheit mit "der Universität", die Kontakte zu den "in Freiheit forschenden" Professoren. Diese umgekehrt zeigen lebhaftes Interesse an solchen Kontakten, so schreibt z. B. der Senatsbeauftragte f. d. ausländische Studenten: "Herr Sammel ist nun auf 1. Jan. 1964 zum Vorstandsmitglied der Firma Kronprinz AG in Solingen ernannt worden und damit innerhalb des Mannesmann-Kon-

## VINOTHEK

WEINKELLER IM HOTEL MONPTI HEIDELBERG

Paelis - Tintenfisch - Palmbräu - Biere



FR. EBERT ANLAGE 57  
MANNESMANNBÜRO  
TELEFON 2 34 83



zern auf eine sehr wichtige Stelle gerückt. Er bleibt gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrats der Mecano-Bundy. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß sich die Beziehung zwischen Herrn Sammel und der Universität Heidelberg lockert. Durch die Würde eines Ehrensensors könnte er an Heidelberg gebunden werden, wobei es ihm möglicherweise auch erleichtert würde, Zuweisungen von Seiten der Kronprinz AG Heidelberg und nicht einer Solingen näher liegenden Universität zugute kommen zu lassen. Wir haben alles Interesse, Herrn Sammel zu binden, um so sehr als die staatlichen Mittel für die Betreuung ausländischer Studenten drastisch gekürzt worden sind und weiter gekürzt werden." (Warum er die Einrichtung von obligatorischen Kursen für ausländische Studenten finanzierte? Nun: "Er hat sich frühzeitig mit besonderem Interesse um die ausländischen Stipendiaten in seinem Betrieb gekümmert und ist dadurch mit dem Auslandsamt unserer Universität in Kontakt gekommen.")

Eine Mitteilung von Oberregierungsrat Hinz an den Rektor unterstreicht das Interesse der Universität noch einmal: "Direktor Harry Sammel (früher Heidelberg) wurde zum Generalbevollmächtigten der Mannesmann AG (Düsseldorf) bestellt. ... Da z. Zt. bester Spender (Ehrensensator) würde ich einen Glückwunsch empfehlen."

Sammel seinerseits weiß sehr wohl, was los ist: "Die Universität Heidelberg und ihre Studierenden bedürfen dieser Hilfe wohl besonders, weil ihnen viele Spenden aus der Industrie nicht zufließen, die mehr und verstärkt den Technischen Hochschulen gegeben werden." (Brief vom 28. 7. 64) und er leitet daraus ein um so massiveres Recht auf Einflußnahme ab: "Es war und ist deshalb selbstverständlich, daß ein hier ansässiges und namhaftes Industrie-Unternehmen einer derartigen Verpflichtung aufgeschlossen ge-

Resolution die Vermittlung und Beziehung von politischen und ökonomischen Interessen lediglich benannt und wird nicht weitergehend analysiert. Ebenso fehlt die Angabe einiger Aufgabenbereiche für eine Politik, die die Hochschule in ihrem Verwertungszusammenhang sieht: der Bereich der Berufe, für die ausgebildet wird, sowie die Verwendung der Forschungsergebnisse (Kriegs- und Auftragsforschung, sog. Grundlagenforschung).

Das Verhältnis zur GO und die Frage von Boykott oder Beteiligung stellte sich von Anfang an "nicht grundsätzlich als Frage von Legitimierung oder Nichtlegitimierung einer Institution" (Resolution des Teach-In vom 24.10.69). Nur deshalb war es auch möglich, daß Institutsgruppen und ASTen unter ganz bestimmten Bedingungen in einzelnen Gremien der GO mitarbeiteten (Berufungskommission der Soziologen, Planungskommission, Senatsausschuß für das Studium Generale). Deshalb war auch die Mitarbeit in den GO-Gremien nie "indiskutabel" (Unispiegel 20/70). In der Resolution ist nun das taktische Verhältnis zur GO, ausgehend von den zu Anfang entwickelten Kategorien, schärfer formuliert worden, indem Bedingungen für die Mitarbeit angegeben wurden, deren Vorhandensein von den einzelnen Institutsgruppen zu prüfen ist (z. B. Bündnismöglichkeiten mit Assistenten bei bestimmten Fragen). Das Geschrei des Hopoko, es habe ja schon immer gewußt, was dem ASTa erst jetzt einfallt, erweist sich so als völliges Unverständnis der GO-Politik der linken Studenten. Doch wen wundert's, ist doch für das Hopoko das Hocken in der GO der einzige Inhalt ihrer Politik!

---

## Ehrensensoren der Universität Heidelberg

Die Aufdeckung und Analyse der Verflechtung von Universität und Kapital kann nur durch die Forderung nach Offenlegung aller Akten verwirklicht werden. Die bisher durchgeführten Aktenkontrollen (Kriegsforschung bei Becke und Urbaschek, in der Sonder-Prawda vom 4.6.70 dokumentierte Fälle von Auftragsforschung, schließlich die Aufdeckung der Abhängigkeit des Chemie-Institut von der BASF und der Firma Freudenberg) zielten auf die Aufdeckung des unmittelbaren Einfluß des Kapitals auf die Forschung durch Forschungsverträge, Beraterverträge etc. Neben diesem unmittelbaren Einfluß und dem mittelbaren durch zentrale Lenkungsorgane (Wissenschaftsrat, Kultusministerium, Bundeswissenschaftsministerium, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft) existiert jedoch noch ein feingespinnnes Netz persönlicher Beziehungen und informeller Bindungen, das sich gewissermaßen über der materiellen Sphäre der Spenden und Forschungsfinanzierung und in enger Verbindung mit ihr erhebt und sich in dubiosen Vereinen (z. B. "Universitäts-Gesellschaft Heidelberg"), "Arbeitskreisen" und vertraulicher Korrespondenz abspielt. Titel wie Ehrensensator, Ehrenbürger, Honorarprofessor etc. sind nur der äußere Niederschlag dieser informellen Kontakte und fungieren als Scharnier zwischen der Universität und "hervorragenden Wirtschaftsführer(n) des Heidelberger Raumes" (aus der vom damaligen Rektor Hahn unterzeichneten Ehrenbürgerurkunde für Heinrich Fuchs).

Der Titel "Ehrensensator" ist so in etwa 50 000DM wert- einige zahlen ein bißchen **3** mehr, andere bekommen ihn mitunter billiger, - für einen "Wirtschaftsführer" also kaum der Rede wert; zumal er diese Gelder ohnehin nicht aus dem privaten Porte-

gehörst und nicht nur materielle Hilfe ... leistet, sondern auch Möglichkeiten in der Zusammenarbeit mit Instituten der Universität sucht, um durch neue Einrichtungen anderweitige und keineswegs nur finanzielle Beiträge zur Intensivierung des Studiums zu leisten..." Seine Eingriffe in die Studienorganisation begründete er nach akademischem Brauch mit einem Goethe-Zitat: "Ich wüßte nicht, wessen Geist ausgebreiteter wäre, ausgebreiteter sein müßte, als der Geist eines echten Kaufmannes."

Wie ausgebreitet Sammels Geist ist, mag man aus einem Brief (7.2.68) an die Rektorin Becke ersehen, der geschrieben wurde wenige Tage nachdem Studenten in der zirkusartigen Schauveranstaltung "Ausländische Studenten singen und tanzen für Heidelberg" Öffentlichkeit und Diskussion über die Situation in der Dritten Welt gefordert hatten: "Geme hätte ich die Gelegenheit des Zusammentreffens mit Ihnen benutzt, um einmal über Fragen zu diskutieren, die keineswegs nur die Universität, sondern ganz allgemein die Gesellschaft angehen. Gerade an dem Abend 'Ausländische Studenten singen und tanzen für Heidelberg' hatte ich einen praktischen Anschauungsunterricht, in welcher Form und vor welchen Hintergrund die Meinungsäußerungen durch dem SDS nahestehende Gruppen kundgetan werden. Vielleicht ergibt sich aber doch in nicht ferner Zeit einmal Gelegenheit, über diese Fragen ein Gespräch in kleinem internen Kreis zu führen. Herr Hans L. Merkle, Vorstandsvorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, hat am 6. Dezember 1967 einen Vortrag beim Hochschulabend der Universität Stuttgart darüber gehalten, was die Gesellschaft von der Universität erwartet. Dieser Vortrag drückt ziemlich klar die Ansichten aus, mit denen sich ein erheblicher Teil führender Männer der deutschen Wirtschaft identifiziert. Ich kann mir denken, daß diese Abhandlung ihr Interesse findet und erlaube mir, sie als Anlage beizufügen." - Becke antwortet (15.2.68), daß sie dieser Vortrag "natürlich sehr interessiert".

Man kann wohl annehmen, daß die Herren Sammel & Co solche Briefe noch durch ihre "persönlichen freundschaftlichen Kontakte mit dem Herrn Regierungsdirektor Anneck und Zake vom Akademischen Auslandsamt" (Brief an Rektor Gallas, 14.7.65) zu ergänzen pflegten. Die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Universitäts-Gesellschaft (über die jährlich ca. 120 000 DM in die Universität fließen), auf die Sammel in demselben Brief verweist, dürfte ein weiterer Hebel zur Einflußnahme sein.

Natürlich ist der Geist des Herrn Sammel beileibe nicht der einzige, der sich über der Heidelberger Universität ausbreitet: Da ist zum Beispiel die Firma Freudenberg in Weinheim, deren Beziehungen zur Universität Heidelberg eine lange Tradition haben. Da gab es den Chemie-Professor Karl Freudenberg, der als Rektor die "Universitäts-

Aus der Grundordnung:

## V. Ehrensensoren und Ehrenbürger

### § 128 Ernennung, Rechtsstellung

Persönlichkeiten, die sich um die Universität Heidelberg verdient gemacht haben, können vom Großen Senat zu Ehrensensoren oder Ehrenbürgern ernannt werden. Die Ernen-

nung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Großen Senats. Die Ehrensensoren und Ehrenbürger haben keine Mitwirkungsrechte und -pflichten in der akademischen Selbstverwaltung.

Gesellschaft" gründete, da gibt es auch den Freudenberg-Sozialingenieursohn Pflerger, Ordinarius für Chemie, der in der Presse und auf einer Vollversammlung das SDS-Verbot begrüßte. Der Ehrensätor-Titel ist für die Familie Freudenberg schon quasi erblich geworden:

Friedrich Karl Freudenberg wurde 1924 Ehrensätor (er starb 1942), Walter Freudenberg wurde 1948 Ehrensätor (starb 1957) und Richard Freudenberg trat 1961 seine Nachfolge an in dieser höchsten Würde, die die Uni zu vergeben hat. 1962 stellte der damalige Rektor denn auch in einem Brief an R. Freudenberg fest: "Die Beziehungen Ihrer Familie zu unserer Universität sind so eng und persönlich, wie das wohl kaum je zwischen einer Industriellenfamilie und einer deutschen Hochschule der Fall ist". Und Rektor Baldinger schrieb wenige Tage nach Abbruch des Streiks gegen das Ordnungsrecht (Juni 69): "Hochverehrter, lieber Herr Freudenberg... Ich habe es während meines Rektorats immer wieder dankbar empfunden, daß Sie die Probleme der Universität und meine Sorgen stets aus der Nähe verfolgt haben." Das will schon was heißen, denn schließlich ist R. Freudenberg nicht irgendwer: Zu seinem 70. Geburtstag kamen Kiesinger, BDI-Präsident Berg, Abs von der Deutschen Bank, der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg und - da Freudenberg nicht nur die Probleme der Heidelberger Universität zu verfolgen pflegt, ein Delegierter der TH Aachen, der einen Dr. h. c. als Geschenk mitbrachte.

Das Heidelberger Chemie-Institut erhält jährlich mehr als 20 000 DM von Freudenberg, der sich darüber hinaus "für Vorhaben der Universität, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Universitätsgesellschaft fallen, sich aber nur mit Hilfe der Wirtschaft verwirklichen lassen" einsetzt. Warum er das tut? "Weil er als Mitarbeiter junge Menschen suchte, deren Wissen auf einer breiten, festgefügten Bildungsgrundlage ruhte, die auf ihrem Bildungsweg zu Persönlichkeiten, zu Charakteren geformt worden waren. Richard Freudenberg wußte, daß die wachsende Bedeutung der Forschung für die Wirtschaft es der privaten Wirtschaft zur Pflicht macht, den Hochschulen für Forschung und Lehre mit privaten Mitteln zu helfen." (Aus der Begründung für die Ernennung zum Ehrensätor).

Wie diese "Persönlichkeiten" und "Charaktere" aussehen, die Freudenberg durch seinen durch Spenden etc. vermittelten Einfluß an der Universität "formen" möchte, hat Freudenberg im "Arbeitgeber" (11.4.69) offen erklärt:

"Was sollen uns Mitarbeiter bringen, die in unzähligen Diskussionen gelernt haben, Probleme zu zerreden, sowie Ordnungen und traditionelle Autoritäten zu zerstören, die Wissen & Leistung zu entwerten suchen, weil sie den Ernst der Arbeit und der Verantwortung für eine gemeinsame Sache nicht begriffen haben?"

Natürlich ist auch die BASF (Ludwigshafen) vertreten: BASF-Direktor Pier wurde schon 1942 für sein "Lebenswerk, durch das er die Voraussetzung für die Motorisierung der Wehrmacht geschaffen hat" (Text der Urkunde) geehrt. Im Gegensatz zu einigen anderen Faschisten (Rüstungsminister Speer, Reichspostminister Ohnesorge, Reichsstudentenführer Scheel etc.) wurde Pier nach dem Krieg der Titel nicht wieder aberkannt, obwohl die US-Armee ihn zunächst für längere Zeit hinter Gitter steckte. Aber wer verärgert sich schon gem mit einem BASF-Boss! 1950 wurde Pier zum Professor ernannt, 1952 erhielt er das Große Verdienstkreuz der BRD und die Universität Heidelberg durfte auch offiziell wieder stolz auf ihren Ehrensätor sein. 1957 schrieb Pier an den Rektor: "Als ich dann im Jahre 1920 in die BASF, Ludwigshafen, eintrat, wählte ich Heidelberg als Heimat, nicht zuletzt um der Universität nahe verbunden zu bleiben..."

Auch andere Faschisten blieben der Universität verbunden: So z. B. IG-Farben-Boß und

Erich Frhr v. Baillou  
Direktor der  
Dresdner Bank AG Filiale Heidelberg

Heidelberg, 1. Dezember 1960

Magnifizenz !

Sehr verehrter Herr Rektor Prof. Dr. Köthe !

Ich darf Ihnen anbei eine Mitgliedsanmeldung zur Universitätsgesellschaft der Frau Direktor Gertrud Martini überreichen. Die genannte Dame ist Witwe nach einem hochangesehenen Versicherungs- Vorstandsmitglied und mir seit Jahren bestens bekannt.

Vertraulich und nur für Sie allein bestimmt teile ich Ihnen ferner mit, daß Frau Martini sehr vermögend ist. Ich habe sie zunächst wegen einer einmaligen Spende für Ihre nächste Jahresjubiläumsfeier angesprochen und bin auf Verständnis gestoßen.

Da ich darüberhinaus der Ansicht bin, daß es mit der Zeit möglich sein wird, die genannte Dame entweder noch zu Lebzeiten oder nach deren Ableben zu einer größeren Stiftung zu Gunsten der Universität zu bewegen, habe ich Frau Martini vorgeschlagen, daß wir beide Sie, Magnifizenz, vielleicht im Januar nächsten Jahres zusammen besuchen, um zunächst einmal über Sie einen persönlichen Kontakt zur Universität herzustellen, bei welcher Gelegenheit Frau Martini Ihnen dann vielleicht die einmalige Spende überreichen wird.

Darf ich Sie bitten, mir zu erlauben, Sie dieserhalb im Januar nächsten Jahres anzurufen, um einen Besuchstermin mit Ihnen abzustimmen.

Genehmigen Sie, Magnifizenz, den Ausdruck ausgezeichneter Wertschätzung von Ihrem Ihnen

sehr verbundenen

Erich v. Baillou

Senatsprotokoll vom 14.11.61: "Die Anregung, den Direktor der Dresdener Bank, Freiherrn von Baillou zum Ehrensenator zu ernennen, hat der Senat im Hinblick auf seine tatkräftige Unterstützung der Universität für das diesjährige Jubiläum wohlwollend geprüft, die Ernennung jedoch zurückgestellt."

Urkunde als "erfolgreicher Wirtschaftsführer" und "tatkräftiger Förderer der Wissenschaft" bezeichnet wird. Als die BASF eine Vervielfachung ihres Umsatzes in Süd- und Mittelamerika plant und dazu eine Reise nach Brasilien und Mexiko unternimmt, springt die Universität helfend ein: Sie ermächtigt Timms Stellvertreter, dem mexikanischen Präsidenten "die Plakette des alten Heidelberger Universitätssegels" zu überreichen (Bericht der RNZ vom 12.12.69 unter der Überschrift "Chemiemärkte von morgen").

Jedoch auch andere Herren als nur die Chemie-Industrie sind an der Universität Heidel-

Ehrensessor Carl Wurster, der im Krieg an der Herstellung des Giftgases Zyklon B beteiligt war und in Nürnberg als Kriegsverbrecher angeklagt wurde.

Bald wurden aber Männer wie Wurster wieder gebraucht: Er wurde Vorstandsvorsitzender der BASF, Aufsichtsratsmitglied von Degussa, Glanzstoff, Hoesch und der Deutschen Bank. Als Mitglied des Wissenschaftsrats sorgte er dafür, daß die Hochschulreform den Vorstellungen des Kapitals entsprach. Auch sonst muß er sich wohl um die Universitäten mit bemerkenswerter Energie gekümmert haben: Jedenfalls ist er Ehrensessor der Universitäten Tübingen und München, Ehrenbürger der TH Stuttgart und Ehrensessor der Universitäten Mainz, Karlsruhe und Heidelberg. Die Nat. math. Fakultät, um die sich Wurster verständlicherweise besonders intensiv gekümmert hat, ernannte ihn schon 1952 zum Honorarprofessor.

Aber nicht nur den alten Faschisten ist die Universität in Dankbarkeit ergeben, sie erinnert sich auch gern derer, die der reaktionären Professorenclique gleich nach dem Krieg mit Rat und Tat zur Seite standen: Die von der amerikanischen Militärregierung eingesetzte Universitätsoffiziere Crum und Irvin wurden zu Ehrensessoren ernannt. In einem Brief der Rektoren von 1945-48 wird die Begründung gegeben: Irvin "hat den Übergang in ruhigere und normale Zeiten für uns erleichtert. Er hat dabei ein in der damaligen Zeit ungewöhnliches Verständnis für die deutsche Situation und besonders für die akademische Situation bewiesen. Mit bemerkenswertem Mut hat er die Methoden übermäßiger Denazifizierung, über deren Bekämpfung sein Vorgänger Crum gefallen war, vollends unwirksam gemacht und damit unseren Lehrkörper endlich die Ruhe zur Arbeit gegeben" und so "viele Heidelberger Professoren als Freude gewonnen" (aus der Ehren-Urkunde). Die deutsche Universität, die schon vor 1933 den Faschismus gefördert hatte, hat sich nach 1945 überhaupt nicht geändert. Erst die Studentenbewegung hat ab 1966/67 diese Herren in ihrer Selbstrekrutierung und im Tradieren des reaktionären Bewußtseins gestört.

Aber die Beziehung der BASF zur Uni Heidelberg beschränkt sich nicht auf die Faschisten Pier und Wuster. Das Chemie-Institut erhält jährlich mehr als 300 000 DM von der BASF, teils in Geld, teils in Chemikalien, da die BASF Interesse an einer experimentiellen Ausbildung statt einer theoretischen hat, was ohne den wöchentlichen BASF-Lastwagen mit Chemikalien den Chemie-Institut finanziell nicht möglich wäre. Ein neuberufener Chemie-Ordinarius pflegt eine oder mehrere Gratulationen von BASF-Manager zu erhalten, womit er erste Kontakt geknüpft wird (Prof. Sundermeyer etwa antwortete: "Ich bin sicher, daß die räumliche Nähe zur BASF und die eventuell möglichen Diskussionen sehr anregend für unsere Arbeiten sein können.")

Verständlich also, daß der Ehrensessor-Titel auch für die BASF zur festen Einrichtung geworden ist: 1965 wird Bernhard Timm als Nachfolger von Wurster Vorstandsvorsitzender. Umgehend beschließt der Senat (15. 6. 65) die Ernennung Timms zum Ehrensessor, die allerdings wegen der von den Chemie-Professoren gleichzeitig initiierten Ernennung zum Honorarprofessor noch "zurückgestellt" wird. Seit September 1969 ist Timm nun aber auch Ehrensessor. Als Vorsitzender der Universitätsgesellschaft läßt er gönnerhaft dem Rektor (auch Rendtorff) jährlich 20 000 DM zweckfrei (also ohne Kontrolle des Rechnungshofes, vgl. info 111, S. 6) zukommen. Wen wundert also, daß Timm (Ehrendoktor in Stuttgart und Mainz) in der von Conze überreichten

berg interessiert : In Kurt Lotz (Vorstandsvorsitzender von BBC, seit 1968 Generaldirektor von VW) wird "ein tatkräftiger Förderer wissenschaftlicher Forschungsvorhaben, ein verständnisvoller Helfer der Studentenschaft und ein den Sorgen der deutschen Wissenschaft verbundener Freund der Heidelberger Universität" (Text der Ehrenkunde) **geehrt**.

Auch die Großbanken als Vermittler fehlen nicht : Heinrich Kapferer von der Deutschen Bank war schon lange Ehrensenator ( die **Laudatio** schrieb ein berufener Fachmann : Prof. Karl Freidenberg), als Oberregierungsrat Hinz über den Freiherrn von Baillou ( vgl. Kasten) schrieb : " Er hat zur 575- Jahrfeier der Universität im Jahre 1961 große Beträge gesammelt und Firmen zu Stiftungen angeregt. Ihm ist die Stiftung der Teroson-Werke in Höhe von 100 000 DM im Jahre 1963 zu verdanken. . . . Durch die Ernennung von Herrn Direktor von Baillou, Dresdener Bank, zum Ehrensenator sollte vor allem eine Ergänzung und ein Gegenpol zu Herrn Direktor Dr. Kapferer, Deutsche Bank, geschaffen werden, damit die Universität nicht einseitig auf einer der beiden Großbanken festgelegt ist, sondern über eine enge Verbindung zu beiden Banken verfügt. "Der Senat sah das dann auch ein und vollzog die Ernennung.

Auch Rolf Lappe (Mitglied des Bundesvorstandes der pharmazeutischen Industrie) hat einige zigtausend Mark flüssig gemacht (u. a. für Forschungstipendien und Geräte für die Medizinische Fakultät). **Kriegsforscherin und Rektorin Becke nahm die Ehrung vor mit den Worten " wir haben heute die Freude, einen alten Freund der Universität zu ehren"(nach HT 12/13.8.67) und sprach gleichzeitig " die Hoffnung aus , daß Dr. Lappe sich durch die Ehrung noch enger mit der Universität verbunden fühlen möge."** (ebd.), worauf Lappe antwortet : "Bitte, geben Sie mir Gelegenheit, weiter mitzuwirken."

**Einige andere Herren, die ebenfalls die Gelegenheit erhielten, "mitzuwirken", sollen hier nur noch aufgezählt werden :** Hammerbacher (ehemaliger BBC- Vorstandsvorsitzender), Engelhorn von der Firma Boehringer, Schwenkow (Vorstandsvorsitzender der Firma Lanz, Mannheim, auch in Karlsruhe Ehrensenator) und Erich Ross (Gründer der Teroson- Werke und der "Industrie-Bau und Verwaltung"), in dessen Akte sich ein formloser Zettel mit den knappen Worten befindet : "Ernennung zum Ehrensenator Direktor Erich Ross Ehrung frühestens 28.8.67 Spende 100 000 DM ".



Einzig in Heidelberg  
Cinema-Stereos, Diskothek  
im  
**Pferdestall**  
Lanz - Intime Atmosphäre  
Internationale Musik  
tägl. ab 19 Uhr  
Sonn- und Feiertage ab 18 Uhr  
vernünftige Preise  
Heidelberg, Kellergasse 11  
☎ 44



**CAFE BAR  
AM  
THEATER**  
HEIDELBERG · HAUPTSTR. 108  
EINGANG THEATERSTRASSE

# DIE BERUFUNGSVERHANDLUNGEN

## Die Aufgaben der Soziologie

Geht man davon aus, daß eine Wissenschaft, deren selbsterklärte Aufgabe es ist, gesellschaftliche Prozesse und Zusammenhänge zu untersuchen, von dem gesellschaftlichen Milieu abhängig ist, in dem sie betrieben wird, so kann als sicherer Indikator für ihren Zustand genau der Grad dienen, in dem sie dieser Aufgabe gerecht wird. Ist eine solche Wissenschaft nicht in der Lage, ihre Theorie und Praxis auf die Totalität der von ihr analysierten Gesellschaft zu beziehen, so wird sie entweder zur Ideologie, oder, was in die gleiche Richtung weist, zum Erfüllungsgehilfen herrschender Machtverhältnisse. Eine Geschichte der Soziologie ist gleichzeitig eine Geschichte der Gesellschaft, in der sie betrieben wird. Und eben diese Geschichte zeigt, daß die Soziologie, datiert man ihr Entstehen mit der Erringung der politischen Macht durch die bürgerliche Klasse im Laufe ihrer Entwicklung tatsächlich zur Ideologie und zum Erfüllungsgehilfen geworden ist. Nachdem Marx im 19ten Jahrhundert die Grundlagen zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, sowie der Analyse ihrer Bewegungs- und Entwicklungsgesetze gegeben hatte, machte sich die Soziologie schleunigst daran, ihn zu widerlegen. Der Anspruch der Marx-Überwindung reicht von den großen bürgerlichen Soziologen (DURKHEIM, WEBER, SOMBART etc.) bis zu den System- und Konflikttheoretikern der Gegenwart. Konflikt- wie Systemtheorien können auf Grund ihres strukturell-funktionalen Ansatzes soziale Konflikte, um deren Explikation es der Soziologie in der gegenwärtigen Entwicklungsphase zu allererst gehen muß, nur noch als Dysfunktionalitäten, jedoch nicht mehr als soziale Prozesse erklären. Die Sackgasse in die die Soziologie geraten ist, kann auf der Basis ihrer bisherigen Annahmen nicht durchbrochen werden. In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung spitzt sich mit der Verwissenschaftlichung der Produktion der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften (Notwendigkeiten der Kapitalverwertung vs. tatsächlicher Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums) immer mehr zu. Diese Widersprüche äußern sich auch in dem Zwang zur verschärften Ausbeutung der Völker der dritten Welt. In diesem Zusammenhang ist das Anwachsen der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen zu sehen. Diese Zusammenhänge, deren Analyse noch stark hypothetischen Charakter trägt, weiter zu verfolgen, muß eine Hauptaufgabe künftiger Soziologie sein.

Die Forderungen, die so an die Soziologie gestellt würden, kristallisieren sich in zwei entscheidenden Punkten: Einmal in einer Industriesoziologie, die nicht wie bisher auf dem bornierten Standpunkt steht, daß der Produktionsprozeß nur Arbeitsprozeß ist, sondern die reflektiert, daß er gleichzeitig auch Verwertungsprozeß des Kapitals ist. Andererseits eine Soziologie der dritten Welt, nicht wie bisher betrieben als ethnoromantizistische Gefühlsduselei oder lokal beschränkte Kleingruppenforschung, sondern verstanden als Soziologie der dritten Welt im Milieu des Imperialismus und des Anwachsens der Befreiungsbewegungen.

## Die Arbeit der Vertreter des Instituts für Soz. u. Ethn. in der Berufungskommission

Will das Lehrfach Soziologie diesen Anforderungen gerecht werden, so müssen an der Universität die Voraussetzungen geschaffen werden, die diese Analyse ermöglichen. Das Weggehen beider Ordinarien stellte die Studenten und Assistenten vor die unerwar-

# INGEN BEI DEN SOZIOLOGEN

logie und Ethnologie und 8 Ordinarien, von denen keiner Soziologe war, gegenüber saßen. Insgesamt hatten sich fast 50 Personen um die beiden soz. Lehrstühle beworben. Ihre Qualifikationen wurden gründlich analysiert und diejenigen, die in die engere Auswahl kamen, hatten Gelegenheit, sich in einem öffentlichen Vortrag der Diskussion zu stellen. Im letzten Semester hatten der Frankfurter Soziologe Brandt und der Freiburger Soziologe Sigrist Lehraufträge am Institut für Soz. u. Ethn., deren Verlauf bereits klar erwiesen hatte, daß mit ihnen eine sinnvolle wissenschaftliche Arbeit möglich ist. Der Volkswirtschaftsblock innerhalb der WiSo-Fakultät, der auf Grund des bereits veröffentlichten und inzwischen fallengelassenen Machleid-Planes die Absicht hatte, sich die Soziologie als Hilfswissenschaft unter den Nagel zu reißen, sah seinen Kandidaten Hondrich bei der öffentlichen Diskussion kläglich baden gehen. Ähnlich erging es dem Psychologen-Protegée Övermann und der Industriefreundin Pross, sowie dem Entwicklungsländerforscher Grohs. Am Ende der Berufungsverhandlungen wurden 2 Listen mit je 3 Kandidaten, an der Spitze Brandt und Sigrist, von der BK mehrheitlich verabschiedet, und an die Fakultät zur Abstimmung weitergeleitet. Die Liste Brandt wurde akzeptiert und an den Senat weitergeleitet, die Liste Sigrist wurde von dem 9 Mann starken VW-Block in der Fakultät, der diese hoffnungslos dominiert, ohne Diskussion niedergestimmt. Der lächerliche Sohmen, der im letzten Semester durch seine ruhmreichen Auftritte bei der Diskussion mit Huffschild und Altvater glänzte, meinte lediglich, er könne nicht über jemanden befinden, den er gar nicht kenne. In Wirklichkeit hatte ein Gutachten des Erzwaters der Reaktion in der deutschen Soziologie Gehlen den Grund für die Ablehnung der Liste geliefert. Während Gehlen nach der Lektüre des Buches von Sigrist "Regulierte Anarchie" diesem bescheinigte, er habe selten ein Buch eines jungen Wissenschaftlers "mit mehr Gewinn" gelesen, trat er in einem zweiten Gutachten, das er nach der Lektüre eines "Argument"-Aufsatzes von Sigrist nachgereicht hatte, scharf gegen diesen auf. In diesem Aufsatz hatte Sigrist unter anderem die Kennzeichnung von Polizisten auf Demonstrationen gefordert. Wenn ein "junger begabter Wissenschaftler" einem "papierernen Radikalismus" (Gehlen) "nachgibt", so muß es ihm wohl an der nötigen "sittlichen Reife" für ein so verantwortungsvolles Amt wie das des Ordinarius fehlen. Dieses Gehlen-Gutachten wurde zum Vehikel für die Politik der VW-Ordinarien, deren Interesse es natürlich nicht sein kann, eine wissenschaftliche Position zu unterstützen, die die Basis ihrer Selbstrechtfertigung, nämlich das kapitalistische System selbst angreift. Hatten sie sich die Zustimmung zur Brandt-Liste noch mühsam abgerungen, so mußten sie durch die Liste Sigrist die Freiheit der Wissenschaft, die sie meinen, ernsthaft gefährdet sehen, zumal eine solche Berufung die Degradierung der Soziologie zum Appendix der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre auf Jahre hinaus verhindert hätte.

## Das Eingreifen Hahns

Diese Auseinandersetzung schien bis zu diesem Zeitpunkt noch auf einen bloß inner-universitären Konflikt hinzudeuten. (Daß sie das nicht war, konnte man aus den Ängsten der bürgerlichen Presse entnehmen, die um die Freiheit der Wissenschaft, die unter dem massiven Ansturm der Linken erheblich ins Wanken geraten sei, zutiefst besorgt ist.) Schien zunächst ein Fall von in der GO angelegtem undemokratischen Verhalten von Seiten der Ordinarien vorzuliegen, so wurde die Angelegenheit durch

tete Situation, allein das Institut der Soziologie und Ethnologie sich auf das in der GO vorgeschriebene Berufungsverfahren einließen, taten sie das nur unter den besonderen Bedingungen am Institut, wo durch die mögliche Zusammenarbeit mit den Assistenten die reale Aussicht bestand, auf Grund der in der Berufungskommission bestehenden Paritäten (8 Ordinarien, 4 Assistenten, 4 Studenten) Mehrheiten zu bilden. Die Berufungskommission (BK) ist ein der GO vorgeordnetes "Sachverständigen"-Gremium, das die verschiedenen Bewerbungen sichtet und am Schluß der Verhandlungen der Fakultätskonferenz (FK) eine Liste zur Abstimmung vorlegt. Sie hat kein Einspruchsrecht.

Die Studenten sahen von Anfang an die BK nicht als die einzige Ebene ihrer Politik an, sondern sahen zugleich die Notwendigkeit der Offenlegung des Berufungsverfahrens. Dies umso mehr, als die wirklichen Entscheidungen nicht in dem "Sachverständigen"-Gremium BK, sondern in den höheren GO-Gremien (FK) etc.) fallen, wo durch die in jedem Fall zu Gunsten der Ordinarien garantierten Abstimmungsmodalitäten die Möglichkeit gegeben ist, die in wissenschaftlicher Diskussion zustande gekommenen Ergebnisse durch bloße Machtentscheidung zu liquidieren.

Der "Sachverstand" der BK sah so aus, daß sich 11 Studenten und 4 Assistenten der Sozio-

## politische buchhandlung

ökonomie

befreiungsbewegungen

materialismus

arbeiterbewegung

lehrerbildung

erziehung

psychologie

soziologie

hochschulpolitik

recht

faschismus

zeitschriften

schiffgasse 3 - an der mensa

ca. 11 - 18.30 uhr tel. 46153

die Intervention Hahn schlagartig über den universitären Rahmen hinaus politisiert. Hahn hatte bereits seit einiger Zeit die Ereignisse am Institut für Soz. u. Ethn. mit Sorge betrachtet. Nach dem Verschwinden von Topitsch und Mühlmann wurde der Lehrbetrieb von Studenten und Assistenten durch eine kollegiale Selbstverwaltung am Institut aufrecht erhalten. Als von der Aktion Jugendschutz ein Forschungsauftrag an das Institut vergeben wurde, in dem der Rauschmittelkonsum von Jugendlichen untersucht werden sollte, torpedierte Hahn das Unternehmen indem er dem Forschungsteam den Zugang zu den Schulen verwehrte und gleichzeitig erklärte, daß die Wissenschaftlichkeit des Vorhabens nicht gewährleistet sei. Zur Besetzung des 2. Lehrstuhls schrieb er den bereits bekannten Brief an die Universität Heidelberg in dem er darauf hinwies, daß er bevor er seine Zustimmung zur Besetzung des Lehrstuhls geben werde, gewährleistet wissen wolle, daß die Pluralität der wissenschaftlichen Meinungen und Anschauungen gesichert sei. Das heißt im Klartext, daß er offensichtlich unter erheblichen moralischen Klimmzügen Brandt berufen hätte, jedoch Sigrist auf keinen Fall akzeptieren würde.

In der bisher einzigen Sitzung des Semesters forderte dann die FK von der Fachgruppe Soz. u. Ethn. eine Definition der Ausrichtung des zweiten Lehrstuhls. Wie sich aus einem Vorstoß von VW-Einpeitscher Albers in der FK entnehmen läßt, erhofft man sich, dadurch im Nachhinein die Ablehnung der 2. Liste zu legitimieren und ein neues Berufungsverfahren in Gang zu bringen, durch das dann doch noch das Ziel einer volkswirtschaftlichen Ausrichtung durchgedrückt oder zumindest die Berufung Sigrists verhindert werden kann.

Inzwischen hatte die Vollversammlung der Studenten der Universität Heidelberg sowie die Stellungnahme des Rektors ein klares Votum gegen die Intervention Hahns erbracht. Nicht zuletzt durch die Stellungnahme des Rektors mußten sich die VW-Ordinarien stark verunsichert fühlen, da sie für ihre Taktiererei mit Hahn keinen unumschränkten Rückhalt mehr in den Gremien der Universität erhoffen konnten. So verzögerten sie die Diskussion um die von ihnen selbst angeforderte Definition der Ausrichtung des zweiten Lehrstuhls um eine Woche, obwohl ihnen das besagte Memorandum rechtzeitig mit dem Termin der Sitzung zugestellt worden war. Inzwischen erhielten sie wieder Rückendeckung von Hahn: Dieser legitimierte auf die Erklärungen in der Universitätsvollversammlung hin sein Verhalten so, daß er darauf hinwies, daß "die Reaktion aus Heidelberg auf einen Brief des Kultusministeriums, durch den dieses die Pluralität des Lehrangebots an der Universität Heidelberg gewährleisten will" (RNZ v. 4. 11. 70) seine Sorge rechtfertige. Was davon zu halten ist, wenn ein Reaktionsär wie Hahn vom "Pluralismus der wissenschaftlichen Meinungen und Anschauungen" (Hahn-Brief) spricht, ist bekannt. Das Gerede vom Pluralismus soll nur die wissenschaftlich nicht legitimierbare politische Zensur der Wissenschaft durch den Reaktionsär Hahn verschleiern. Geht man von den anfangs erwähnten Aufgaben der Soziologie aus, und hält das Verhalten Hahns und der VW-Ordinarien dagegen, so wird völlig klar, daß es Hahn gegenwärtig darum geht, eine reaktionäre Bastion gegen den emanzipatorischen Anspruch einer Wissenschaft aufzubauen.

Für die Studenten der Soziologie und Ethnologie ergibt sich daraus eindeutig, daß sie erstens die Berufungsverhandlungen nur auf der Basis der bereits geführten wissenschaftlichen Diskussion fortsetzen können, und daß sie zweitens ihre Mitarbeit von der ungekürzten Verabschiedung des von der Fachgruppe vorgelegten Memorandums

abhängig machen.

Einer weiteren Verschleppung der Verhandlungen werden sie entschieden entgegen-treten. Für sie ist es unzumutbar, daß es ihnen durch die politische Zensur der Kul-tusreaktionäre unmöglich gemacht werden soll, an der Analyse derjenigen Probleme zu arbeiten, die heute für die Soziologie die entscheidenden sind.

---

Der folgende Bericht ist entnommen aus: Le nouvel Observateur, Nr. 307, 28.9.-4.10.70, Rubrik Justiz.

## DER BALL DER HEXEN

Ein Polizeirevier in Brand gesteckt, zwei Tanzveranstaltungen, 14 Jugendliche im Gefängnis.

Saint-Etienne-du-Rouvray, 36000 Einwohner. Eine kleine Arbeiterstadt in der Nähe von Rouen. Neulich abends schief die Stadt friedlich ein wie immer. Am Morgen stand überall in großen weißen Lettern: "Befreit die 14!"

Überall konnte man es lesen, auf den Mauern, den Straßen, den Brücken und der Fabrikstraße. Und die Stadt erfuhr erstaunt, daß 14 junge Leute, alles Söhne von Arbeitern aus der Stadt oder nahen Umgebung, seit zwei Monaten im Gefängnis von Rouen saßen. Praktisch niemand hatte davon gewußt.

In der Nacht vom 13. auf 14. Juli 1970 gibt es zwei Tanzveranstaltungen. Die erste ist von der Stadtverwaltung, und zwar einer kommunistischen, organisiert. Ein kleiner traditioneller Tanz vor dem Rathaus mit dem Orchester Attilio Maghenzani. Die Leute tanzen. Die zweite ist eine wilde Veranstaltung-"der Mao-Ball"- in der Nähe des Cafés Raba an einer öden kleinen Straßenkreuzung hinter der Eisenbahn. Elektrische Gitarren, das Orchester "Les Pages", eine in der Gegend sehr bekannte Pop-Gruppe. "Les Pages" spielen nach der Art der Rolling Stones. Die Zuhörer machen einen neuen Text: "Befreit Geismar", "Alle Macht den Arbeitern"... "Gloria, G wie Guerre, L wie Lutte, O wie Organisation, R wie Révolution, I wie Internatio-nale, A wie A bas les bourgeois, Gloria...". Gegen Mitternacht packen "Les Pages", erschöpft von drei Nächten Gala-Vorstellung, ihre elektrischen Gitarren ein.

Nun geht man zu dem städtischen Tanz. Attilio Maghenzani spielt immer noch. Die Jugendlichen schwenken rote Tücher und klettern auf das Podium. Sie wollen das Wort ergreifen. Man verweigert es ihnen. Es kommt zu einem Gerangel. Zehn Polizisten, die inzwischen alarmiert worden waren, schleppen einen großen Bärtigen fort, den man ihnen bezeichnet hatte. Unter einem Steinhagel fahren diese ab nach Rouen. Die Sache artet aus. Polizisten sind keine mehr da, dafür aber das Polizeirevier neben dem Rat-haus. 300 junge Leute bombardieren es mit Steinen, werfen die Scheiben ein und zer-trümmern sorgfältig alles, was sie darin finden. Zum Schluß zünden sie es an. In dem Moment als das Polizeirevier in Flammen aufgeht, treffen fünf Mannschafts-wagen mit C.R.S. und Polizei ein. Die Jagd auf die Jugendlichen beginnt. Sie dau-ert mehrere Tage und Nächte. Die Polizisten, so sagt man, schlagen blind darauf

Saint-Etienne "La Cause du Peuple" verkauft hatten. Schließlich Jugendliche mit einem Strafregister auf Grund von geringfügigen Delikten wie Mopeddiebstahl.

Es ist nicht einfach, jung zu sein in Saint-Etienne-du-Rouvray. Man schliddert in solche Delikte schnell hinein. Und wenn man sich zugänglich zeigt für "linksradi-kale" Ideen, dann verschlimmert man seinen Fall. Dann stößt man mit denen zusam-men, die tatsächlich die Macht in dieser Stadt besitzen, nämlich mit der Polizei und den Kommunisten.

Heute also sitzen vier junge "Maoisten" und 10 Delinquenten im Gefängnis von Rou-en aus dem gleichen Grund: dem Angriff auf das Polizeirevier von Saint-Etienne. Das ist der totale black-out. Einige von ihnen machen Hungerstreik. Samstags und sonntags wurden die Besuchszeiten gestrichen: den Eltern, die Arbeiter sind, wird es immer schwerer, sie zu besuchen.

In der Folge der Ereignisse vom 14. Juli werden Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Straßensperren immer häufiger, wenn auch die Polizei die Anzahl der Patrouillen verringert hat. Immer noch übt sie auf den arabischen Besitzer des Cafés Raba Pressio-nen aus, um ihn zur Denunziation der Organisatoren der wilden Tanzveranstaltung zu veranlassen. Sie hat niemals auch nur die geringste Erklärung zu dieser Affaire abge-gaben.

Die Stadtverwaltung und verschiedene kommunistische oder den Kommunisten nahe-stehende Stellen haben seit dem 14. Juli diese "nervis gauchistes"(1) als mit den Fa-schisten vergleichbar denunziert. Im Juli hielt der Bürgermeister, umgeben vom Poli-zeichef und dem Chef der C.R.S., eine Hetzrede gegen die "faschistischen Linksradi-kalen". Ein Flugblatt ist so ausfällig, daß "Paris-Normandie", die größte Tageszei-tung der Region, sich weigert, es abzdrukken. Heute scheint die Stadtverwaltung über die Sache in Verlegenheit zu geraten. Ihr wäre es lieber, so scheint es, wenn die 14 freigelassen würden. Ich bin einmal zu einer Gemeinderatsitzung gegangen. Man hat mich aufgefordert, meine Fragen schriftlich vorzulegen. Ich habe das getan. Eine Ant-wort darauf habe ich nie erhalten. Auch hier verweigert man eine Auskunft. Bei den nächstn Kommunalwahlen will Roland Leroy, einer der Führer der P.C.F., sich um die Stimmen bewerben und Bürgermeister von Saint-Etienne werden.

Die Eltern der eingesperrten Jugendlichen sind mit deren Taten nicht einverstanden. Den Knüppeleinsatz, die Polizeihunde und die Beleidigungen fanden sie unerträglich. "Wenn ich dabei gewesen wäre, dann hätte ich meinen Karabiner geholt". Und das hört man immer wieder: "Das sind trotz allem doch keine Banditen!" Die Bevölke-rung war nicht einverstanden mit der Inbrandsetzung des Polizeireviers, aber die Poli-zeimethoden empfand sie als Skandal. Die linken politischen Organisationen ebenso wie die der äußersten Linken waren sich einig in der Ablehnung dieser Aktionen, aber sie haben sich in dem Secours Rouge zusammengeschlossen, um gegen die Repressonen zu protestieren und die Freilassung der 14 zu fordern. Ein Flugblatt wurde vor der Pa-pierfabrik von la Chapelle (1500 Arbeiter) verteilt.

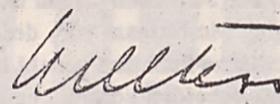
Gewöhnlich verbietet der Ordnungsdienst der C.G.T. die Verbreitung von nicht offi-ziellen Ideologien vor den Toren dieser Fabrik.

dagegen, die nach dem Grundgesetz zu behandelnden Bürger unterschiedlich steuerlich zu veranlagern. Die prozentuale Einforderung von Honorar sei mit einer Deklarierungspflicht verbunden, welche unzumutbar sei.

#### 5. Ausschnitt:

Es wird darauf hingewiesen, daß es die Ordinarien und Klinikdirektoren seien, welche an den Universitäten noch in erster Linie für die Ordnung aufkämen. Es sei nicht einzusehen, daß man mit ungerechtfertigten Forderungen auch diese Herren zu Gegnern der Verwaltung und der Regierung mache. Schließlich seien die Ordinarien und Klinikdirektoren unter Bedingungen in ihre jetzigen Positionen eingerückt, welche damals feststanden und welche nicht im nachhinein verändert werden könnten. Der Vertrag von Prodekan Schettler mit der Stadt Stuttgart war jedenfalls ein wesentlich besserer als der jetzt angestrebte Status. Es sei ausgesprochen unfair, Ordinarien nach diesem Modus zu behandeln, welche Rufe an auswärtige Universitäten abgelehnt hätten. Ein solches Verfahren, wie es jetzt angestrebt wird, verstieße gegen Treu und Glauben.

Zusammengefaßt wird der Wunsch geäußert, auf keinen Fall eine prozentuale Abgabe auf das Bruttoeinkommen zu verlangen. Über Bettengeld, Höhe und Abstufung müsse gesprochen werden. Auch die Verwendung sei unbedingt noch Verhandlungsgegenstand.

  
G. Schettler

#### ZWEI ABSCHRIFTEN

Herrn  
Dekan Prof. Dr. Quadbeck  
Pathol. Institut der Universität

Heidelberg, den  
23. 10. 1970

69 Heidelberg  
Berlinerstraße

Sehr verehrter Herr Dekan!

Wie Sie dem beiliegenden Programm für das Studium Generale - Wintersemester 1970/71 entnehmen wollen, zeichnet Herr cand. med. Thomas Ripke verantwortlich für eine Arbeitsgemeinschaft über "Das System der Gesundheitsversorgung in der BRD". Woher er seine Kenntnisse hat, ist mir fraglich, da er seit

delberg nicht zustande kommt - doch im Gegensatz zu den Studenten, die gegebenenfalls auf seine Streikpropaganda hereingefallen sind, den Schein für die Augenklirik erwerben kann. Er beweist damit die gleiche Geisteshaltung wie ein Kapitalist, der sein Firmenvermögen vorsorglich ins Ausland gebracht hat und genüßlich ohne Rücksicht auf seine Arbeitnehmer einen Konkurs des Unternehmens riskiert.

Da ich die von Herrn Schettler angeschnittene Frage der Konferenz der Gesamtfakultät in der kommenden Sitzung am 14. 11. 70 vorlegen möchte, wäre ich Ihnen für eine Überprüfung und Stellungnahme dankbar.



Mit freundlichen Empfehlungen  
gez. Prof. Dr. G. Quadbeck (Dekan)

Inserieren Sie im info!

## KLEINANZEIGEN!

je Zelle 1.- DM

**Annahme**  
**Mo-Fr 10-13 Uhr**  
**auf dem AstA**

**CAFE BAR**  
**AM**  
**MARKT**  
Heidelberg  
Hauptstrasse 202  
26672

## CAVE 54

VEREINIGUNG ZUR PFLEGE  
STUDIENMÜSISCHER GESELLIGKEIT E.V.

Programm November 1970

Do, 12.11.

PETER NELL GROUP pop-jazz

Do, 19.11.

MAN, London, Underground

Do, 26.11.

PETER BRÖTZMANN TRIO

Han Bennink-drums, Fred van Hove-piano

Beginn der Konzerte: 20.30 Uhr

Ende ca. 24.00 Uhr

An den anderen Tagen Tanz mit  
unserer Stereo-Discothek

# ZUR LANDESHOCHSCHULKONFERENZ

Das Projekt der Landeshochschulkonferenz, "das von mir zur Zeit vorangetrieben wird" (Weblers Programm zur StP-Wahl im Juni 70), war von Anfang an das Lieblingskind aus der unverbrüchlichen Ehe zwischen Rektorat und Hopoko. Die Landeshochschulkonferenz soll die Interessen "der" Hochschulen gegenüber Landtag und Landesregierung vertreten und auch unmittelbar in der Hochschulform initiativ werden (Entwicklungspläne, Personalstruktur usw.)

Die LHK ist nur auf dem Hintergrund der Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse über die Hochschulpolitik zu beurteilen, die hier wegen ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit nur grob umrissen werden können: Kultusminister Hahn sprach sich im Juli strikt gegen einen Zusammenschluß der Hochschulvertreter aus, da durch ein solches "Sonderparlament" eine "restlose Aushöhlung der Demokratie und der Verantwortung der Parlamente" (RNZ, 9. 7. 70) drohe - im Klartext: Die Position des Kultusministers würde geschwächt, wenn die Hochschulen direkt an die Öffentlichkeit treten statt wie bisher einzeln ans KM. Darüberhinaus paßt der Zusammenschluß aller weiterführenden Bildungseinrichtungen (also z. B. auch der Pädagogische Hochschulen, Ingenieurschule, Seminare für Studienreferendare etc.) nicht in Hahns Bildungspolitisches Konzept, da damit ein erster Schritt in Richtung auf eine engere Verzahnung der Studiengänge aller Hochschultypen und damit letztlich auf eine Art "Landes-Gesamthochschule" getan würde. In der Tat ist die integrierte Gesamthochschule, teilweise auf Landesebene geplant (z. B. Hessen, SPD Rheinland-Pfalz), das effektive Konzept, das auch in allen progressiven Hochschulplänen auftaucht: Durch Koordination und verwaltungsmäßige Zusammenfassung aller weiterführenden Bildungseinrichtungen wird die Bildung von Forschungsschwerpunkten erleichtert, die Verwaltung effektiviert, der Übergang zwischen verschiedenen Studiengängen erleichtert, wodurch sich wiederum die Quote der Studienabbrecher ohne Examen vermindert (Schaffung von Studienmöglichkeiten nach verschiedenen Semestern). Stattdessen müssen Hahn den Großteil der Abiturienten in Fachschulen ohne wissenschaftliche Ausbildung abdrängen - was kurzfristig zwar billiger ist, langfristig aber den Interessen des Großkapitals an wissenschaftlich ausgebildeten und damit vielseitig verwendbaren Arbeitskräften nicht entspricht.

Dieses Interesse wird von SPD-FDP denn auch klar formuliert: "Ihr Antrag für die integrierte Gesamtschule und für die gesetzliche Fixierung der LHK wurde mit den Stimmen der CDU und der NPD im Landtag abgelehnt. Dennoch ist die LHK in keiner schlechten Position: Es ist eine bloße Zeitfrage, wie lange sich der unfähige Hahn noch im Amt halten kann und selbst innerhalb der CDU wächst die Einsicht in die Effektivität und den Nutzen eines zentralen Hochschulgremiums (auch im Hochschulgesetzentwurf der CDU-Rheinland-Pfalz ist eine LHK vorgesehen). Das Bundeswissenschaftsministerium, das bei der Modernisierung des Wissenschaftsbetriebs auf den Widerstand der bornierten Kultusbürokratien stößt, versucht ohnehin schon lange, die Stellung der Hochschulen gegenüber der "Gängelei" (Staatssekretär Dohnayl am 3. 7. 70 in Heidelberg) durch die KMs zu stärken. Leussink, der die Bundeshochschulkonferenz auf Druck von Bayern und Baden-Württemberg in seinem 2. Referentenentwurf gestrichen hatte, wird in seinem endgültigen Rahmengesetz die Einführung einer Bundeshochschulkonferenz wahrscheinlich doch wieder vorsehen (vgl. SPD-Sprecher

# **Sole D'oro**

**Ristorante  
Italiano**

Hauptstraße 172  
Nähe Heiliggeistkirche  
Von 11 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts  
Tel. 21480

IM HOTEL PALMBRÄU HAUS:

CLUB DISCOTHEK BIS 3 UHR NACHTS

# **Tiffany**

HEIDELBERG HAUPTSTR. 187 ☎ 21952

Außerdem im Palmbräu-Haus

# **Le Palme**

☎ 21952

Italienische Spezialitäten  
von 11.30 – 3 Uhr nachts

... und man trinkt hier PALMBRÄU BIER

Hahn ist klar in der Defensive : Seine hoffnungslos veraltete Konzeption kann er in verschiedenen Punkten nur noch mit blödem Geschwätz verteidigen (z. B. Hahn vor dem Bundestag : Die Gesamtschule sei abzulehnen, da sie den Rauschgiftkonsum unter den Schüler steigere, FR 16.10.70). Der "Spiegel" prognostizierte dem auch kürzlich Hahns baldigen Rücktritt und selbst die "Welt" setzt sich von Hahn ab ("4.11.70)

In dieser Lage mußte nun Hahn Zugeständnisse machen. Während die Hochschulvertreter noch informell über die LHK-Satzung debattierten, richtete das KM einen Gesamthochschulrat und verschiedene Regionalkommissionen als Gegeninstitutionen ein, deren Geschäftsführung (Einberufung, Protokolle etc.) vollständig in den Händen des KM liegt. Hahn feierte diesen Trick als "neue Plattform für Reformmaßnahmen" (RNZ, 16.10.70) und hatte offenbar richtig gerechnet : Die LHK-Delegierten "wollen ... keinen Kollisionskurs" und "machten Konzessionen 'mit Zähneknirschen'" (HT 19.10.70.) Statt den ohnehin angeschlagenen Hahn durch den Boykott der KM-Gremien weiter zu schwächen, änderten sie ihre eigene Satzung gemäß den Vorstellungen des KM "unter dem aktuellen Zwang... eine Gemeinsamkeit in der Organisation des Gesamthochschulbereiches erreichen zu müssen," (Beschluss vom 17.10.70)

Das bloße Streben nach "Gemeinsamkeit" - das durch die personelle Identität in LHK und KM-Gremien den Zugriff des KM gerade ermöglicht - charakterisiert das völlig unpolitische Selbstverständnis der LHK, deren Vorsitzender Webler salbungsvoll erklärte : "Wir hoffen, daß wir einen mit allen Partnern gemeinsamen Weg zum Hochschulgesamtplan II beschreiben werden." (RNZ, 19.10.70)

Dem Hopoko, - das sich mit der LHK ein weiteres Gremium gebastelt hat, in dem es zwar keine Politik macht, dafür aber den Vorsitzenden stellen darf, ist das KM also schon zum "Partner" geworden, mit dem man glücklich "zu nahezu dem gleichen Ergebnis gekommen" ist (Webler im Unispiegel 5/70, S. 5). Soweit noch Differenzen über die Gremien-Zusammensetzung gegenüber dem KM bestehen, "so werden diese wohl beseitigt werden" (Webler a. a. O.).

Solch traurige Naivität kann kaum noch verwundern. Ebenso wie die GO ist auch die LHK längst zum "Gremium an sich" geworden, in dem die "radikalen Reformer" vom Hopoko blind herumwerbelt, - sogar gegen die eigenen vorgegebenen hochschulpolitischen Interessen, die den konsequenten Kampf gegen das geschwächte KM erfordert hätten. Kein Wunder also, daß Webler in seinen Unispiegel-Artikeln mit seinem Wort die Politik in der LHK als Politik des Hopoko mit diesen oder jenen Zielen vor den Studenten erklärt und zu legitimieren versucht. Stattdessen stellt er sich als LHK-Vorsitzender "der Öffentlichkeit" vor und freut sich über den Segen des KM, das ihn dafür auch gelegentlich wohlwollend zu einem "Spitzengespräch" empfängt : "In einem Gespräch mit Kultusminister Hahn hat der Vorsitzende der informellen Landeshochschulkommission, Wolf-Dietrich Webler, den Minister über den Stand der Beratungen um die Landeshochschulkonferenz informiert" (HT 20.10.70.). Gut so !

## MC NAMARAS VERSCHWIEGENE FLUCHT AUS KOPENHAGEN

Vom 21. bis 25. September 1970 fand in Kopenhagen die Weltbankkonferenz statt. 1 500 Demonstranten empfingen die Weltbankiers mit Farbbeuteln und Sprechchören am Hotel, das durch eine Wagenburg aus Bussen und gepanzerten Mannschaftswagen der Polizei verbarrikiert war. Drei Tage lang blieb die Innenstadt Kopenhagens ein Schlachtfeld, weil die Polizei die Vertreibung Mc Namaras aus der Stadt verhindern wollte. 4 000 Demonstranten beantworteten einen brutalen Polizeieinsatz, bei dem schon am ersten Konferenztag Schusswaffen benutzt wurden, mit Barrikaden, Steinen und Mollos. Wo immer die Vertreter des Imperialismus konferierten - im Tivoli, im Königlichen Theater, im Hotel Royal - da waren auch die antiimperialistischen Demonstranten.

Am dritten Tag baten die Konferenzteilnehmer die schwedische Regierung um politisches Asyl. Palme, der noch kurz vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten an der Spitze von Vietnamdemonstrationen gegen den US-Imperialismus marschiert war, tat Buße: Mc Namara und sein Gefolge wurden im Hubschrauber nach Südschweden geflogen, wo sie sich in einem exklusiven Konferenzhotel am Meer von ihrer Flucht durch und aus Kopenhagen erholten.

Die westdeutsche Presse, einschließlich der "Frankfurter Rundschau", hat zwar ausführlich über die Konferenz selbst berichtet, aber die Nachrichten über die Demonstrationen gegen dieses Ausbeutertreffen und über Mc Namaras Flucht hat sie fast völlig unterdrückt. Die skandinavische Presse konnte dies nicht und versuchte, die brutalen Polizeieinsätze durch Lügengeschichten à la "Totschlagversuch von Wesemann" zu rechtfertigen: Demonstranten wären darauf aus gewesen, Polizisten zu töten und hätten zuvor in Lund (Schweden) einen Guerrillakurs absolviert.

Noch zynischer ging Mc Namara vor, der erklärte: "Ich glaube, daß die Demonstrationen eine wesentliche Funktion gehabt haben. Man hat zwischen reiner Gewalt und Demonstration unterscheiden können, und ich glaube, daß es relativ wenig Gewalt gab. Die Demonstrationen haben die Aufmerksamkeit auf die Weltbank und den Währungsfond gelenkt. Sie führten eine Debatte über unsere Tätigkeit herbei und zeigten auf unsere Schwäche... Wir sind stolz auf das, was wir tun; eine Debatte kann uns nur einen bessern Status geben", sind stolz darauf!

Dieser abgebrühts Heuchler versucht, sogar noch aus dem Widerstand gegen seine Politik Kapital zu schlagen. Sicher ist die Gewalt der Demonstranten "relativ wenig Gewalt", wenn man sie auf die Gewalt des Gegners bezieht. Und über die weiß Mc Namara Bescheid. Nicht umsonst hat er im Interesse des Kapitals den Völkermord in Vietnam organisiert und sich dadurch legitimiert, als Weltbank-Präsident den Imperialismus auf breiter Ebene und mit anderen Mitteln fortzusetzen zu versuchen. Z. B. erhält Indonesien erst seit 1968 Weltbankdarlehen, d. h. nach Suhartos Machtübernahme. Auch Griechenland erhielt erstmals 1968 Darlehen, nachdem die Militärjunta ihre Standfestigkeit nachgewiesen hatte.

Rechtshilfefonds

HD Volksbank  
9980